

die zur Verschwiegenheit besonders verpflichtet worden sind, tritt nur auf Anordnung des Reichsministers der Justiz ein.

Anm. Das Strafverlangen gemäß Abs. 4 ist durch das Gesetz über die Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik vom 23. Mai 1952 (GBl. S. 408) weggefallen. Vgl. auch Beschluß des Obersten Gerichts vom 23. Oktober 1953 (NJ 1953 S. 751).

§ 853c

(1) Wer, abgesehen von dem Fall des § 353 b, unbefugt ein amtliches Schriftstück, das als geheim oder vertraulich bezeichnet worden ist, oder dessen wesentlichen Inhalt ganz oder zum Teil einem anderen mitteilt und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt einem anderen eine Mitteilung weitergibt, zu deren Geheimhaltung er von einer zuständigen Stelle besonders verpflichtet worden ist und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren.

(4) Hat der Täter mit der eingetretenen Gefährdung fahrlässig nicht gerechnet, so ist auf Gefängnis bis zu zwei Jahren oder auf Geldstrafe zu erkennen.

(5) Der Versuch ist strafbar.

(6) *Die Tat wird nur auf Anordnung des Reichsministers der Justiz verfolgt.*

Anm.: Zu Abs. 6 vgl. Anm. zu § 353b.

Verletzung des Briefgeheimnisses

§354

Ein *Postbeamter*, welcher die der Post anvertrauten Briefe oder Pakete in anderen, als den im Gesetz vor-